

Dresdner Volkszeitung

Volltextkonto: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Henrich, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10.
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 60 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung 10 Pf.

Nr. 189

Dresden, Sonnabend den 15. August 1925

36. Jahrg.

Koalitionsregierung in Danzig

Folgen deutschnationaler Katastrophenpolitik

Aus Danzig wird uns geschrieben:
Der kleine Freistaat Danzig an der Weichsel-
mündung erlebte während der Sommermonate eine Regie-
rungs- und Verfassungsreform, die nunmehr durch die Neubildung des Senats
unter Beteiligung der Sozialdemokratie be-
endet sein dürfte. Die neue Regierung, die aus
Sozialdemokraten, Liberalen und Zentrum
besteht, ist eine Minderheitsregierung, die in dem
danziger Parlament, das 120 Abgeordnete zählt, nur über
57 Stimmen verfügt. Jedoch haben die Deutsch-Danziger
Volkspartei (Daußbeckerpartei) und die polnische Fraktion
der neuen Regierung wohlwollende Neutralität zugesichert.
Die Sozialdemokratie stand in der Freien Stadt Danzig
seit Begründung dieses Staatswesens im Jahre 1920 in
stärkster Opposition zu dem bisherigen Senat. Durch die
Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich wurden seiner-
zeit die nationalen Leidenschaften besonders aufgeheizt
und die Deutschnationalen konnten als die stärkste
Partei ins Parlament einziehen. Zusammen mit dem Zen-
trum und zeitweilig auch mit den Liberalen, schufen sie die
Verfassung von Danzig und bildeten auch später mit
dieser Partei die Regierung. In dieser hatten sie
jedoch überragenden Einfluß. Die fünf Jahre deut-
schnationaler Regierung haben Danzig nunmehr an
den Rand des Abgrunds geführt. Besonders die
außenpolitische Lage Danzigs ist völlig verfahren. Selbst-
verständlich sind sich alle Danziger darüber einig, daß gegen-
über dem polnischen Imperialismus die durch den Verfall
vertrag garantierte Selbstständigkeit Danzigs gewahrt wer-
den muß. Der deutschnationale Senat jedoch schloß in seiner
Außenpolitik weit über dies Ziel hinaus und machte Außen-
politik in der Art eines wilhelminischen Diplomaten und
Militärs a. D. Die Polen, die immerhin gegenüber dem
kleinen Freistaat Danzig mit seinen 360 000 Einwohnern
ein 30-Millionen-Staat bilden, wurden von diesen Deutsch-
nationalen noch immer als minderwertiges „Knechtvolk
der Polaken“ angesehen. Natürlich nutzten die polnischen
Katholiken und Chauvinisten dieses Gebaren des Danziger
Senats zu Gunsten Danzigs, hat in seinen Schieds-
verfahren die Danzig-polnischen Streitfragen meistens dem pol-
nischen Standpunkt Rechnung getragen. Die deutschnatio-
nale Regierung in Danzig war also außenpolitisch betrachtet
— wir erinnern nur an die vom Völkerbund genehmigte
Erklärung eines polnischen Munitionshafens in Danzig und
die Errichtung einer polnischen Flotte — eine andauernde
Reihe von Mißerfolgen.
Auch innenpolitisch hat sich das deutschnationale
Regiment in Danzig zu einer schweren Katastrophe

ausgewachsen. Die Wirtschaftskrise hat in Danzig einen
außerordentlich hohen Stand erreicht. Ein Industrie- und
Handelsbetrieb nach dem andern schließt seine Pforten; der
Fasens liegt fast verrotten und die Arbeitslosigkeit hat
eine bisher noch nie gekannte Ausdehnung angenommen.
Klammerte sich der deutschnationale Senat nicht um die Besse-
rung der Wirtschaftslage, so ließ er um so mehr Eifer dem
Aufbau der schwarzweißen Verbände in Danzig zuteil
werden. Jungde, Stahlhelm usw. konnten unter behörd-
lichem Beistand sich in Stadt und Land ausbreiten. Im
Juni veranstalteten diese Organisationen einen „Deutschen
Tag“, bei welchem die Redner ganz offen zum Revanché-
krieg — natürlich in erster Linie gegen Polen — hetzten.
Die Folge war, daß der Völkerbund und sein Kommissar in
Danzig den Senat ernsthaft verwarnen. Aber was küm-
merte das die deutschnationalen Katastrophenpolitiker? Sie
wollten den Zusammenbruch des Staatswesens, weil sie
hofften, auch daraus schließlich noch für ihre nationalistische
Agitation neuen Stoff einzubringen.

Nur diese gefährliche Lage Danzigs hat
die Sozialdemokratie veranlaßt, ihre bisherige Oppositions-
stellung aufzugeben und in eine Koalition mit Liberalen und
Zentrum einzugehen. Die Danziger Regierung, der Senat,
besteht nach der unter dem maßgebenden Einfluß der Deutsch-
nationalen geschaffenen Verfassung aus 22 Köpfen, von
denen 8 hauptamtliche Senatoren alle 4 Jahre nach Neu-
wahl des Volkstages gewählt werden und dann vom Ver-
trauen des Parlaments abhängig sind. Ihnen stehen die
14 parlamentarischen Senatoren gegenüber, die die Regie-
rung nebenamtlich führen. In der neuen Koalition stellt die
Sozialdemokratie 6 Senatoren und Liberale und Zentrum
je 4. Ferner stellt die Sozialdemokratie den Vizepräsidenten
des Senats, für welchen Posten der langjährige Führer der
Danziger Sozialdemokratie, Genosse Julius Gehl, in
Aussicht genommen ist. Die neue Regierung wird ihre
Hauptaufgabe darin sehen, zu einem erträglichen
Verhältnis mit Polen zu kommen, ferner das proto-
gierende Auftreten und den Einfluß der nationalistischen
Organisationen auszuschalten und darüber hinaus auch im
Staatshaushalt Einsparnisse einzuführen durch Abbau des in
übermäßiger Stärke ausgeprägten Behördensystems, in
dessen maßgebenden Stellungen überall deutschnationale
Vertrauensleute sitzen. Wenn die Danziger Sozialdemo-
kratie das schwere Opfer der Koalitionsregierung auf sich
nahm, so geschah es nur deshalb, um die Freie Stadt vor
der drohenden Katastrophe zu bewahren und durch Besserung
und Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Ver-
hältnisse die Bahn wieder freizumachen für die Durchsetzung
ihrer eigentlichen Ziele.

Reichstags-Bilanz

H. F. Die politisch-parlamentarischen Vorgänge, die sich
seit der Wahl des Jahres 1924 ereignet haben, haben in
unserer Weichselregion zuinhalten. Auch das Ende des
Inflations-Reichstags hat große Ähnlichkeit mit der Beendi-
gung des ersten Tagungsabschnittes des gegenwärtigen
Reichsparlaments. Am 30. August 1924 hielt der kurzlebige
Mai-Reichstag seine letzte Sitzung ab. Er schloß mit zweimal
durch die Sozialdemokraten herbeigeführter Verschlussfähig-
keit. Auf diese Weise wurde die geplante erste Beratung der
damals eingebrachten Zollvorlage, und damit die Mög-
lichkeit der Beratung im Ausschuss während der Vertagung
verhindert. Das im vorigen Reichstage von der sozialdemo-
kratischen Fraktion eingebrachte Amnestiegesetz fiel
ebenfalls, weil für keinen der verschiedenen Anträge eine
Mehrheit zu erlangen war. In der letzten Sitzung des
jetzigen Reichstags am vorigen Mittwoch hat die bürgerliche
Mehrheit ein gemeinsames Gesetz beschlossen und eine
schlechte, tendenziöse Amnestie beschlossen.
Mit Gottes, das heißt mit Zentrumshilfe!

Der Mai-Reichstag hielt am 29. August seine vorletzte,
denkwürdige Sitzung ab, in der die letzte Entscheidung über
die Dawes-Gesetze getroffen werden mußte. Da ver-
schlechterten die Deutschnationalen um Ministerpräsident und Ein-
fluß in der Regierung ihre unentwegte Gegnerschaft gegen
das Londoner Abkommen. Sie wußten warum! Hinter den
Kulissen war eine Neubildung der Reichsregierung verein-
bart worden. Eine in der deutschen Republik nun bald zur
Gewohnheit gewordene Feilscherei darum begann. Sie führte
zunächst zur Auflösung des Reichstags, der nur
29 Plenarsitzungen, vom 27. Mai bis 30. August 1924, ab-
gehalten hatte. Die Neuwahl am 7. Dezember brachte den
Parteien der kleinen Koalition, besonders der Sozialdemo-
kratie, einen großen Erfolg. Unsere Partei erhielt gegenüber
der Wahl von 1,8 Millionen Stimmen und 31 Mandate
mehr. Sie zog mit 130 Abgeordneten als weitaus stärkste
Fraktion in den neuen Reichstag, der am 5. Januar die erste
Sitzung abhielt. Für die drei republikanischen Parteien:
Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten, wurden rund
13 752 000 Stimmen abgegeben; auf alle Reichsparteien ent-
fielen zusammen 12 894 000 Stimmen. Die kleine Koalition
hatte also eine Mehrheit von beinahe 900 000 Stimmen.
Die Kommunisten verloren etwa 1 Million Stimmen und
17 Mandate. Immerhin gaben sie aber zwischen den beiden
oben genannten Parteigruppen den Ausschlag. Diese Kon-
stellation trifft freilich nicht mehr zu, seitdem das Zentrum
zur Rechten übergegangen ist.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß in ihrer ersten
Sitzung am 18. Dezember, daß „der Bürgerblock verhindert“
werden müsse. Sie sah „in der Bildung der Weimarer
Koalition die gegebene Lösung“. Der Beschluß blieb ohne
jede Wirkung, denn die anderen wollten es eben anders. Das
Zentrum sträubte sich im Anfang etwas, schließlich machte
es aber doch den Bürgerblock mit und so führte diese
Partei die Ära des Steueranbaues und des
Zollwuchers herbei! Gegenwärtig scheint es, als ob die
deutschnational gestempelte Regierung durch die Unterstützung
des Zentrums fester stünde denn je. Diese Partei hat sich
das Lob, das ihr in der täglichen Rundschau gesendet wird,
reichlich verdient. Und wenn das führende Zentrumblatt,
die Germania, mit allerlei verlegenen Ausreden von der
„Handlungsfreiheit nach beiden Seiten“ spricht, so glaubt das
Blatt wohl, daß man im Zentrum nach „beiden Seiten“
spielen könne, wie die Katze mit der Maus. Das Spiel nach
der einen Seite, das diese Partei bisher im Reichstag trieb,
dürfte aber denn doch vielen der Anhänger aus Arbeiter-
kreisen die Augen öffnen. Denn die Reden der Zentrum-
arbeitnehmerführer draußen im Lande und die Artikel ihrer Presse
stehen im kräftigsten Widerspruch zu den Handlungen dieser
Partei im Reichstage!

Einer der Haupttreiber für die Bürgerblock-
Regierung war Herr Stresemann. Mit den Sozial-
demokraten wollte er die Reparationsgesetze machen und da-
mit die Kampagne in der Außenpolitik zu einem gewissen
Abschluss bringen; mit der Rechten und dem Zentrum aber
die Steuern und Zölle. Das ist gelungen, es war nicht zu
verhindern. Das Zentrum ist die ausschlaggebende Partei;
sein Verhalten ist darum noch besonders von Bedeutung. Er-
stärkte doch am vorletzten Sitzungstage der Redner dieser
Partei, der Abgeordnete Brüning, man könne nur mit
Gruß daran denken, wenn man die Steuer- und Zoll-
politik mit der Sozialdemokratie hätte machen müssen. So
sehen die einstmaligen Bundesgenossen der Sozialdemokratie
aus!

Die letzte Regierungskrise war von allen bisherigen
die schwerste und längste. Am 5. Januar hielt der neue
Reichstag die erste Sitzung ab, aber erst am 19. Januar
konnte eine neue Regierung ihre „Erklärung“ abgeben.
Wenn man bedenkt, daß die Krise schon im August 1924 be-
gann, dann ist mit ihr ein Rekord erreicht.

An die „Erklärung“ der jetzigen Regierung muß er-
innert werden. Sie gab sich sozial und wirtschaftlich
mühsam. „Wichtige Arbeit im Dienst des deutschen
Volkes“, die Vorseitigung aller unmöglichen und die
breite Masse der Verbraucher ausbeutenden Verteu-
erungen“, Verständnis für die Notlage ins-
besondere der alten Sparer“, gerechte Be-

Was Völkische ausplündern!

Die Passivität des Staatsanwalts

SPD. Die Staatsanwaltschaft in Schwerin hat zur Ver-
meidung der Öffentlichkeit über die nicht verstummenden Ge-
minder der bevorstehenden Verurteilung der mecklen-
burger Mörder der Ueberführung der vier
Mörder in das Zuchthaus in Dreierbergen angeordnet. Die
Untersuchung des Gerichts hat ergeben, daß tatsächlich
die Verurteilung geplant worden waren. Erleich-
tungen wurden die neuesten Nachforschungen nach den Unter-
nehmungen des Mordmordes nicht so sehr durch die Mitteilungen
der Presse, wie durch den inneren Zwang der „Dauerfän-
gen“ in Mecklenburg. Auf der einen Seite stehen „Hoh-
bach“ und „Frontbann“, auf der andern Seite der
„Stahlhelm“ und die ihm angeschlossenen Organi-
sationen in grimmiger Feindschaft untereinander. Ein inter-
nationaler Bild über das Treiben dieses Mordgesindels entwickelt
sich vom Herrn v. d. Luehe herausgegebenes und finanziertes
Blatt. Hier wird den Stahlhelmen offensichtlich die
Einnahme an dem Komplotte im Fall Paradi-
m im Fall Holz und schändliche Untertue vorgehalten.
Die Verbindungen, die von den beiden Mordtaten zum
Mörder Pusch, zum Major Buchruder und zu dem verur-
teilten „Oberleutnant“ Schöler führen, werden noch ein-
mal präzisiert, und dieser ganze Schmutz voll Faulheit, Kr-
den, Diebstählen, Unterschlagungen, Verleumdungen
wird einmal eingehend geschildert, der dann letzten Endes in
den Mordmord mündet.

Die Ueberführung der vier Mörder nach dem Zuchthaus
Dreierbergen begriffen die Herren von den berüchtigten Dr.
Möller, eine mecklenburgische völkische Größe, mit sichtlich
in den Gesellen, daß auch alles und jedes, was
an Verleumdungen schiedens, innerhalb weniger Tage
an die Öffentlichkeit kommt. So weiß man in Schwerin
zusammen mit der Frau des inhaftierten Schöler ständig die
Staatshalt umkreist, ganz offen am hellen Tage Zutritt zu

den Schwerverbrechern erhält und bereits einen Plan
über die Lage der Zellen in Händen hat. Kei-
ling ist seit dem Urteilspruch ständig unterwegs zwischen
Schwerin, München, Berlin und befindet sich in Begleitung
eines ehemaligen Marineoffiziers aus der Umgebung des
Kapitäns Ehrhardt, der bereits den Kapp-Putsch und die
übrigen völkischen Kummel in den späteren Jahren mit-
gemacht hat. Mit Kapitän Ehrhardt soll Kei-
ling in München eingehend über den Befreiungsplan seiner Schützlinge be-
raten haben.

Dabei ist die Bewachung der vier Mörder in Dreierbergen
viel weniger gründlich wie in Schwerin. Fäden zwischen der
ehemaligen Batterie der Verurteilten und dem Bewachungs-
personal sind bereits gesponnen worden. Die Verurteilten
erhalten wie in Schwerin immer noch eine Sonder-
behandlung und eine nahezu unbeschränkte Be-
schäftigung, so daß die Gefahr einer Gefangenenbefrei-
ung aufs äußerste gestiegen ist. Die Entführung soll nach
dem Gerücht der völkischen Hebeln um diesen Dr. Kei-
ling im Auto und dann im Flugzeug erfolgen. Es ist höchste Zeit,
daß sich die Staatsanwaltschaft diesen mißtätigen Dr. Kei-
ling und die Umgebung seiner Strafanstalt Dreierbergen end-
lich gründlich ansieht!

Völkische Ueberfälle auf Reichsbannerleute

Dresden, 14. August. (Fig. Draht.) In Guttentag
(Oberschlesien) kam es im Anschluß an eine Feier der Kriegs-
beschädigten zu Schlägereien zwischen Deutschvölkischen und Reichs-
bannern. Mehrere Reichsbannermitglieder
wurden von Deutschvölkischen und Landesvölkischen und Reichs-
bannern ermordet. Der einzige dienhabende Polizeibeamte und
mehrere Hilfsbeamte standen den Schlägereien machtlos gegenüber.
Ein Räuberführer der Deutschvölkischen konnte
schließlich verhaftet werden. Wegen sämtliche Terroristen ist
Anzeige wegen Landfriedensbruchs erhalten worden. Die
polizeilichen Ermittlungen, die bereits abgeschlossen
sind, haben ergeben, daß die Schuld lediglich bei den Landesführern
und den Deutschvölkischen liegt, die die Mitglieder des Reichsbanners
belästigt und sie nachts ohne weiteres auf den Straßen über-
fallen und mißhandelt haben.